

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Finanzausschusses
vom 11.12.2017**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:24 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

Vors. Bargfrede begrüßt alle Teilnehmer-/innen und eröffnet um 15.02 Uhr die öffentliche Sitzung. Er stellt fest, dass frist- und formgerecht geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 und Stellenplan 2018 VorlNr.

BGM Weber verweist auf TOP 7/7.1/7.2/7.3/7.4 der Ausschusssitzung vom 04.12.2017, die nunmehr abschließend diskutiert und beschlossen werden sollen (TOP 2/2.1/2.2/2.3/2.4/2.5/2.6/2.7 der heutigen Sitzung). Er berichtet von der Entscheidung des Finanzausschusses des Landkreises Rotenburg, die Kreisumlage um ein Prozent auf 48 Prozent zu reduzieren. Gleichzeitig werden die Betriebskostenzuschüsse erhöht, jedoch sei hier noch nicht genau bekannt, für welche Bereiche Zuschüsse gewährt werden.

AL Hollmann erläutert die letzten Änderungen in der Haushaltsplanung. Neben einigen kleineren Änderungen die Ortsratsmittel Mulmshorn betreffend, ergibt sich insbesondere durch die verringerte Kreisumlage ein reduzierter Aufwand von 220.000 €. Unter Berücksichtigung neuer Schlüsselzahlen für die Einkommens- und Umsatzsteuer, die Schlüsselzuweisungen des Landes und die Personalaufwendungen beträgt das ordentliche Ergebnis im Ergebnishaushalt 337.400 €. Mit diesen Mitteln würde die Verwaltung gerne die zuvor vorgenommene 20%ige allgemeine Kürzung für folgende Bereiche zurücknehmen: Schulen 83.000 €, Kindergärten 58.000 €, Unterhaltung von Straßen und Wegen von 50.000 €, Unterhaltung der städtischen Friedhöfe von 64.000 € sowie Aufwendungen für Programmpflege und Lizenzkosten von 24.800. Außerdem habe sie bereits aufgrund des vorliegenden Antrages des Borcheler Ortsvorstehers Ehlbeck 10.000 € für die Erneuerung der Einrichtung des DGH in Borchel vorgesehen. Insgesamt ergäben sich also weitere Aufwendungen von 289.800 €. Es verbliebe somit ein Überschuss von 47.600 €.

RH Dr. Rinck ist der Ansicht, dass zunächst über die Anträge der CDU-FW-Arbeitsgruppe gesprochen werden muss. Würde man den Wünschen der Verwaltung folgen, verblieben für die Anträge der CDU-FW nicht mehr genügend Mittel.

RH Schenckenberg und RH Jürgensen sind mit den Vorschlägen der Verwaltung hinsichtlich der Rücknahme der Mittelkürzung für Schulen und Kindergärten einverstanden.

Vors. Bargfrede ist der Ansicht, dass man die Vorschläge der Verwaltung ggf. zustimmend zur Kenntnis nehmen könne. Da sie aber noch nicht in den Fraktionen besprochen werden konnten, sei ein Beschluss zunächst nicht möglich.

BGM Weber ergänzt, dass man nach Besprechung in den Fraktionen einen Beschluss im Verwaltungsausschuss am 13.12.2017 fassen könne.

Die Rhen Dr. Rinck, Jürgensen und Schenckenberg nennen jeweils für ihre Fraktionen die Anliegen mit der höchsten Priorität:

Für die CDU-FW:

1. Erstellung eines Allwetterplatzes, Einstellung in HH-Planung 2019/20
2. 15.000 € Planungskosten für ein Parkhaus/Parkpalette, Einstellung in HH-Planung 2018
3. Straßenausbau in den Neubaugebieten „Brockeler Straße“, „Stockforthsweg“ und „Auf dem Hanfberg“, Planung 2018, Ausführung 2019/2020
4. Bauliche Modernisierung der Innenstadt, Einstellung von jeweils 100.000 € in die HH-Planung 2018 und 2019.

Für die SPD:

1. Einstellung von 5.000 € in den HH-Plan 2018 für die Anlage von Blühstreifen entlang der Wegränder in der Feldmark, um dem Bienen-/Insektensterben entgegenzuwirken.
2. Einstellung von 23.500 € in den HH-Plan 2018 für „La Strada“.

Für WIR-FDP:

1. Für den Fall, dass sich der Finanzausschuss hinsichtlich der vorstehend genannten Punkte einig sein kann, wird der Antrag auf Bildung eines positiven Ergebnishaushaltes von min. 200.000 € zurückgezogen.

RH Holsten erwidert, dass die CDU-Fraktion den Antrag für die Anlage von Blühstreifen unterstützt. Auch mit der Einstellung von 23.500 € für „La Strada“ sei man einverstanden unter der Voraussetzung, dass es sich ausdrücklich um einen einmaligen Zuschuss in dieser Höhe anlässlich des 10-jährigen Jubiläums handelt.

AL Bumann erläutert zu den geplanten Arbeiten an den Außenanlagen der IGS wie folgt: Für die Arbeiten an der IGS wurden jeweils 300.000 € für die HH-Jahre 2018 und 2019 eingeplant. Davon entfallen 250.000 € für die Parkplatzumgestaltung bzw. die Wiederherstellung der angrenzenden Grünfläche („Wäldchen“) sowie die Wegverlängerung zur Schule. Den Anwohnern wurde die Wiederherstellung des „Wäldchens“ als Abgrenzung zum Parkplatzgelände zugesagt.

Weitere 250.000 € entfallen auf die Sanierung/Verbesserung des Schulhofes, der den heutigen Anforderungen gegenwärtig nicht entspreche. Der Schulhof soll u.a. mit Basketballkörben und Spielgeräten ausgestattet werden.

50.000 € bis 100.000 € werden für die Entwässerung des Geländes benötigt. Bisher wird das Regenwasser in den Schmutzwasserkanal geleitet, dies ist nicht mehr zulässig. Daher muss das Kanalnetz erneuert bzw. es müssen Sickerschächte und/oder ein Regenrückhaltebecken gebaut werden.

Vors. Bargfrede erkundigt sich nach der Reihenfolge der Baumaßnahmen. AL Bumann antwortet, dass zunächst der C-Trakt im Sommer 2018 fertiggestellt werde. Die Arbeiten zur Entwässerung könnten dazu parallel stattfinden. Erst danach werde mit den Arbeiten zur Parkplatzumgestaltung und zur Schulhofsanierung begonnen.

RH Westermann erkundigt sich nach dem Mensabau. AL Bumann antwortet, dass die Mensa voraussichtlich nicht zur Parkplatzseite hin erstellt werde, sondern auf der entgegengesetzten Seite des Schulgebäudes.

RH Dr. Rinck betont, dass für seine Fraktion Verbesserungen in der Fußgängerzone wichtig sind. RF Bassen und die Erste Stadträtin Nadermann erläutern, dass bereits neue Bänke

aufgestellt und Veranstaltungen unterstützt wurden. BGM Weber ergänzt, dass für 60.000 € neue Info-Stelen aufgestellt und vor der Post eine Pflastersanierung für 35.000 € ausgeführt wurde.

RH Dr. Rinck möchte wissen, ob es im Bauamt genügend personelle Ressourcen gibt, um die Straßenplanung für die Baugebiete „Stockforthsweg“, „Brockeler Straße“ und „Auf dem Hanfberg“ 2018 vornehmen zu können. Stellv. AL Knabe antwortet, dies sei nicht der Fall, da im Jahr 2018 zunächst die Planung für den Straßenausbau in der Saalestraße, der Neißestraße und der Oderstraße erfolgen werde. Zusätzlich könne man höchstens noch den Ausbau für ein Baugebiet, vorzugsweise das des kleinsten „Auf dem Hanfberg“, planen.

TOP 2.1 **Einstellung von 10.000 € für das Jahr 2018 für die Erneuerung der Einrichtung des DGH in Borchel (einheitliches Geschirr, Vorhänge für Fenster und Terrassentüren, Vorhang zur Saaltrennung, eigenständige Sanierung des Tresenbereiches).** VorlNr.

Der Finanza stimmt mit 9 Stimmen für den Antrag.

TOP 2.2 **Einstellung von 200.000 € in die mittelfristige Haushaltsplanung ab 2019/20 für die Sanierung des DGH in Borchel.** VorlNr.

Der Finanza stimmt mit 9 Stimmen dafür, dass im Jahr 2018 Gespräche mit dem Ortsvorsteher von Borchel über den genauen Sanierungs- und Finanzierungsbedarf für das DGH geführt werden. Nach erfolgter Bedarfsanalyse könnten dann entsprechende Mittel in die mittelfristige Haushaltsplanung 2019-21 eingestellt werden.

TOP 2.3 **Einstellung von 15.000,00 € Planungskosten für das Jahr 2018 für die Beauftragung eines externen Planers zur Ermittlung der Machbarkeit eines Parkhauses/einer Parkpalette im Bereich des Bahnhofs; Antrag der FDP vom 28.11.2017** VorlNr.

Der Finanza stimmt mit 5 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen für den Antrag.

TOP 2.4 **Verzicht auf Kürzung um 20 % im Unterhalt der Schulen; Antrag der WIR-FDP-Arbeitsgruppe 29.11.2017.** VorlNr.

Mit Blick auf die reduzierte Kreisumlage (s. TOP 2) wird die Entscheidung in die Sitzung des VA am 13.12.2017 verschoben.

TOP 2.5 **Bildung eines positiven Ergebnishaushaltes von mindestens 200.000 € durch Verschiebung a) der Investitionsmaßnahme Neubau Mensa IGS (Realschule) auf die Jahre 2019/20 und b) der Investitionsmaßnahme Außenanlage IGS (Realschule) auf die Jahre 2019/20.** VorlNr.

Der Antrag wird von Herrn Kohlmeyer für die Arbeitsgruppe WIR/FDP zurückgezogen.

16.17 Uhr: RF Bassen übernimmt den Vorsitz.

RH Jürgensen hält an dem im Sportausschuss gefassten Beschluss fest, wonach im Haushalt 2018 nur Mittel für eine neue Flutlichtanlage eingestellt werden. Die Mittel für einen Allwetterplatz sollen in die mittelfristige Planung aufgenommen werden.

RH Bargfrede führt aus, dass es in Rotenburg derzeit nicht genug jederzeit bespielbare Plätze gebe. Gerade der Fußballsport habe eine erhebliche gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen, z.B. im Bereich der Integration. Ein Kunstrasenplatz sei – anders als ein Naturrasenplatz – 24 Stunden täglich bespielbar und die Unterhaltungskosten erheblich geringer. RH Dr. Rinck ergänzt, dass über die Möglichkeiten der Verwertung bzw. Entsorgung der Kunstrasenfläche nach Abnutzung noch gesprochen werden müsse. BGM Weber bemerkt, es müsse noch geklärt werden, ob ein neuer Allwetterplatz anstelle des Grandplatzes, eines Naturrasenplatzes oder zusätzlich entstehen soll. Herr Westermann formuliert den Antrag, wonach der Sportausschuss sich in 2018 weitere Informationen zu einem Allwetterplatz beschaffen soll und 500.000 € in den Haushalt 2020 eingestellt werden sollen. BGM Weber gibt zu bedenken, dass man damit in der Haushaltsplanung 2020 für ein negatives Ergebnis sorgt.

Der Finanzausschuss stimmt mit 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen dafür, dass im Jahr 2018 durch den Sportausschuss Informationen über die Vorteile und die mögliche Beschaffenheit eines Allwetterplatzes eingeholt und die erforderlichen baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die hierfür veranschlagten Mittel von 500.000 € sollen in den Haushalt 2020 aufgenommen werden.

TOP 2.7 Änderungspunkte zur Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018; Antrag der CDU-Freie Wähler vom 04.12.2017 und Änderungsantrag vom 08.12.2017 sowie 2 mündlichen Anträgen der SPD.

VorlNr.

16.34 Uhr: RH Bargfrede übernimmt den Vorsitz.

BGM Weber stellt den Antrag der CDU/Freie Wähler(FW) vor. Danach soll der Endausbau für die Baugebiete „Stockforthsweg“, „Brockeler Straße“ und „Auf dem Hanfberg“ vorgezogen werden auf 2019, Planung 2018. Dafür sollen 540.000 € für den Stockforthsweg und 450.000 € für die Brockeler Straße in den Haushaltsplan 2019 eingestellt werden.

RH Dr. Rinck erläutert noch einmal seinen Standpunkt, dass bis 2019 der seitens der Gemeinde als Maßstab für den Endausbau genannte Bautenstand von 90 % erreicht sei. Es könne den Anwohnern nicht zugemutet werden, noch bis 2020 auf den Ausbau warten zu müssen. Er erbitte von stellv. AL Knabe noch genauere Angaben bezüglich der zu veranschlagenden Planungskosten bis zur nächsten Ratssitzung und weist darauf hin, dass seine Fraktion zunächst nur die Seitenstraßen des Baugebietes „Stockforthsweg“ ausbauen lassen möchte. Auf den Ausbau des „Stockforthswegs“ selbst sowie der Straße „An der Rodau“ verzichte man zunächst, da diese noch etwas länger als Baustraßen genutzt werden müssen. Stellv. AL Knabe teilt in Absprache mit dem Tiefbauamt mit, dass die Verwaltung einen teilweisen Straßenausbau nicht empfiehlt, da noch für einige Zeit mit dem Verkehr von Baufahrzeugen zu rechnen sei und man nicht genügend Stellflächen für Material habe, wenn man den Ausbau zunächst auf die kleineren Seitenstraßen beschränkt.

RH Holsten möchte sichergestellt wissen, dass gegenüber den Anliegern nicht deren Wünsche nach ausgebauten Straßen, für die die Anlieger bereits bezahlt haben, gegen die ebenfalls gewünschten und von der Verwaltung für 2018 geplanten Schulinvestitionen ausgespielt werden.

BGM Weber antwortet, von einem „Gegeneinanderauspielen“ könne nicht die Rede sein. Es werde seitens der CDU/FW ein Vorziehen der Straßenplanung gewünscht. Der derzeitige Bautenstand gebe dies jedoch nicht her. Auch müsse man die vorrangig anstehenden Ausbaumaßnahmen in der Saale-/Oder-/Neißestraße berücksichtigen. Für die Planung weiterer Ausbaumaßnahmen habe man im Jahr 2018 im Bauamt keine Kapazitäten frei.

RH Jürgensen sieht gute Gründe dafür, dass der Straßenausbau in den Baugebieten erst relativ spät erfolgt. Es müsse seitens der Verwaltung aber unbedingt dafür gesorgt werden, dass die vorhandenen Baustraßen durch provisorische Ausbesserungsmaßnahmen jederzeit befahrbar bleiben. Er glaube, dass ein Großteil der Anwohner genug Geduld habe und bis 2020 auf den Endausbau warten könne. Zusätzliche externe Planungskosten halte er für unnötig.

Stellv. AL Knabe bemerkt, dass man durch den vorgezogenen Bau von kleinen Sickerschächten schon für eine erhebliche Verbesserung des Fahrbahnzustandes sorgen könne. Dies sei auch kurzfristig zu realisieren, da der Regenwasserkanal schon vorhanden ist. Hinsichtlich des Straßenendausbaus konkretisiert er die derzeitige Planung wie folgt: „Brockeler Straße“ Planung 2019, Ausbau 2020 und „Stockforthsweg“ Planung 2020, Ausbau 2021.

Der Finanza lehnt den Punkt 5 des Änderungsantrages vom 08.12.2017 der CDU/FW mit 4 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Hinsichtlich des Straßenausbaus im Baugebiet „Auf dem Hanfberg“ weist BGM Weber darauf hin, dass es bisher seitens des Ortsbürgermeisters keinen Hinweis gab, dass der Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich sei. Er halte ein Vorziehen der Baumaßnahme daher für nicht erforderlich. RH Holsten möchte, dass dieser Punkt noch in der Ratssitzung besprochen wird und kündigt für seine Fraktion die Stimmenthaltung an.

Der Finanza lehnt den Punkt 6 des Änderungsantrages vom 08.12.2017 der CDU/FW mit 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.

Hinsichtlich der Baumaßnahmen an der IGS führt RH Dr. Rinck wie folgt aus:
Der Bau einer Mensa in der IGS sei nicht vorrangig. Wichtiger sei zunächst ein Mensabau an der Kantor-Helmke-Schule. Auch die Arbeiten an den Außenanlagen der IGS seien nicht vorrangig. Die für die Wiederherstellung der Grünfläche am Parkplatz vorgesehenen 25.000 € wolle er aber in der Haushaltsplanung belassen.

RH Jürgensen hält es für wichtig, den Anwohnern gegenüber Wort zu halten und für die Wiederherstellung der Grünfläche zu sorgen. Es gebe gute Gründe für die Arbeiten an den Außenanlagen. Der Mensa-Ausbau sei mit allen Schulleitern/-leiterinnen abgestimmt worden. Offenbar fühle sich hier niemand gegenüber der IGS zurückgesetzt.

Der Finanza lehnt den Punkt 1 des Antrages vom 01.12.2017 der CDU/FW(Außenanlagen IGS) mit 4 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Finanza lehnt den Punkt 2 des Antrages vom 01.12.2017 der CDU/FW(Mensa IGS) mit 4 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Finanza lehnt den Punkt 3 des Antrages vom 01.12.2017 der CDU/FW(Wiederherstellung der Grünfläche am Parkplatz IGS) mit 4 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Hinsichtlich der Modernisierungsmaßnahmen in der Innenstadt - s. Punkt 10 des Antrages vom 01.12.2017 der CDU/FW - sind RF Bassen und RH Schenckenberg der Ansicht, dass zunächst ein Gesamtkonzept erarbeitet werden müsse, bevor man Mittel im Haushalt einstellt.

Stellv. AL Knabe ist der Ansicht, dass die von CDU/FW vorgeschlagenen Mittel von 200.000 € (100.000 € für 2018 und 100.00 € für 2019) für eine umfassende Modernisierung der Innenstadt nicht ausreichen.

RH Dr. Rinck möchte mit den vorgeschlagenen Mitteln eine schrittweise Modernisierung beginnen, damit der Wille zur Planung sichtbar wird.

BGM Weber bittet um konkrete Vorschläge, welche Modernisierungsmaßnahmen gewünscht werden.

RF Bassen hat den Eindruck, dass das Interesse an der Innenstadtmodernisierung seitens vieler Geschäftsinhaber nicht sehr groß ist. Das letzte Treffen des „Runden Tisches Innenstadt“ musste mangels Beteiligung abgesagt werden.

Der Finanza lehnt den Punkt 10 des Antrages vom 01.12.2017 der CDU/FW (Modernisierung der Innenstadt) mit 4 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Die SPD legt dem Finanza 2 mündliche Anträge vor (s. TOP 2):

3. Einstellung von 5.000 € in den HH-Plan 2018 für die Anlage von Blühstreifen entlang der Wegränder in der Feldmark, um dem Bienen-/Insektensterben entgegenzuwirken.
4. Einstellung von zusätzlichen 3.500 € in den HH-Plan 2018 für „La Strada“, d.h. insgesamt 23.500 €.

Zu 1.:

Der Finanza stimmt mit 4 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Antrag zu.

Zu 2.:

Der Finanza stimmt mit 4 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Antrag zu mit dem ausdrücklichen Vermerk, dass es sich um eine anlässlich des Jubiläums in 2018 einmalige Erhöhung des Zuschusses handelt.

Aufgrund der im Finanza noch nicht erzielten Einigungen erfolgt die Abstimmung über den Gesamthaushalt 2018 erst im Verwaltungsausschuss am 13.12.2017.

TOP 3 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder VorlNr.

AL Hollmann teilt mit, dass für die Einnahmen 2017 aus Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer die HH-Ansätze erreicht wurden:

	Einkommensteuer	Umsatzsteuer	Gewerbesteuer
Ansatz	8.400.000 €	1.520.000 €	9.700.000 €
3. Quartal	2.030.000 €	409.000 €	2.900.000 €
4. Quartal	2.240.000 €	401.000 €	2.000.000 € (per 11.12.17)
2017 insgesamt	8.500.000 €	1.580.000 €	9.900.000 €

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

Vors. Bargfrede schließt die Sitzung um 17.24 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.